



Nr. 126. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkendorf.

Montag, den 16. März 1874.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

17. Sitzung vom 14. März.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, v. Fäustle u. L. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einschränkung der Gerichtsbarkeit der deutschen Consuln in Egypten. Den Consuln aller christlichen Mächte stand bisher die Gerichtsbarkeit in Streitfällen zwischen Ausländern zu; die Berufung erfolgte bei dem betreffenden übergeordneten heimischen Obergericht; für die Entscheidung über Verbrechen waren nicht die Consulargerichte, sondern die betreffenden Landesgerichte competent. Die egyptische Regierung hat nun ein réglement d'organisation judiciaire pour les procès mixtes en Egypte aufgestellt, wonach drei Gerichte erster Instanz in Alexandria, Cairo und Zagazig mit je vier ausländischen und drei egyptischen, und ein Appellhof in Alexandria mit sieben ausländischen und vier egyptischen Richtern eingestellt werden sollen. Diesen Gerichtshöfen steht die Civilgerichtsbarkeit zu; 1) in allen Rechtsstreitigkeiten zwischen Ausländern und Egyptern, sowie zwischen Ausländern verschiedener Nationalität, 2) in Streitigkeiten zwischen Ausländern derselben Nationalität nur dann, wenn dieselben sich auf ein in Egypten belegenes Grundstück beziehen. Die dadurch entstandene Beschränkung der Gerichtsbarkeit der deutschen Consuln soll indessen nur probeweise auf fünf Jahre festgesetzt werden.

Abg. Rapp: Es ist ein großer Fehler der Consulargerichte, daß sie sich bei ihren Entscheidungen weniger von den klaren Bestimmungen der Gesetze, als von den im einzelnen Falle vorliegenden tatsächlichen Verhältnissen leiten lassen. In vieler Beziehung ist es allerdings eine Wohlthat für den Europäer, daß er auch im Orient nach seinem Heimatgebräuch Recht findet; diese Wohlthat verfehlt sich aber oft in das gerade Gegenteil. Ich will nicht behaupten, daß Bestechung häufig sind und Beeinträchtigungen der Rechtsfrage ablichtlich gechehen, aber sie entstehen zuweilen durch falsch verstandenen Patriotismus und mangelnde juristische Bildung. Wir Deutsche kommen dabei am allerleichtesten weg, denn wir haben nicht blos vor unseren Consuln, sondern auch bei denen fremden Nationen Recht zu nehmen, die weniger gebildet sind. Ich begrüße daher den Beruf vorerst in Egypten mit diesem System zu brechen als einen Fortschritt zur Weiterbildung des internationalen Rechts. (Befürwortung.)

Abg. v. Dücker will bei dieser Gelegenheit nur noch den Wunsch aussprechen, daß eine Gerichtsbarkeit, wie man sie jetzt in Folge einer dringenden Notwendigkeit in Egypten schafft, bald auch anderswo ins Leben gerufen werde.

Die erste Berathung wird geschlossen, die Verweisung des Gesetzentwurfs an eine Commission nicht einmal beantragt und sofort in die zweite eingetreten, welche ohne Discussion mit der unveränderten Annahme der Vorlage schließt.

Es folgt die dritte Berathung des Impfgesetzes.

Nachdem wiederum über eine Reihe von Petitionen, welche sich gegen den Impfzwang aussprechen, kurz berichtet worden, ergreift zu § 1 das Wort.

Abg. Merkle: Wenn nicht ganz besonders starke Gründe vorhanden sind, die für ein Zwangsgesetz sprechen, kann ich einem solchen Gesetze nicht zustimmen, und solche Gründe liegen für das Impfgesetz nicht vor. Es ist noch von Niemand bewiesen, daß das Impfen im Interesse der allgemeinen Gesundheitspflege nothwendig oder auch nur nützlich ist. Eine große Zahl berühmter Autoritäten hat sich gegen das Impfen ausgesprochen, das Impfen sogar als der Gesundheit nachtheilig erachtet. Auch die Erfahrung spricht nicht für den Impfzwang. Das statistische Material über diese Frage ist noch nicht gesammelt und die bisher zusammengetragenen Notizen widerstreichen einander nicht selten. Ist jemand überzeugt, daß das Impfen der Gesundheit nachtheilig ist, so kann er doch unmöglich für dieses Zwangsgesetz stimmen. Welche Bürgschaft gewährt man dann dem Einzelnen, daß das Leben und die Gesundheit seiner Kinder durch das Impfen nicht benachtheilt werde? Ich bin ein abgegarter Gegner der Staatsmächtigkeit; hier aber wird uns zugemutet, der eigenen Überzeugung zuwiderr zu einem Zwangsgesetz zu stimmen. Ich bitte Sie im Interesse der persönlichen Freiheit, den § 1 und das ganze Gesetz abzulehnen.

Abg. Dr. Heine: Ich begrüße jedes Gesetz, das die öffentliche Gesundheitspflege energisch fördern soll, erinnere Sie aber an die vielen Conferenzen der Fachgelehrten, um die Ursachen und das Wesen der Cholera zu ergründen, speziell an die Versammlung der ersten Männer der Wissenschaft in Weimar, die zu keiner Verständigung gelangen konnten. Ein englischer Arzt, der seit Jahren die Epidemien studirt, erklärt, daß, wenn man auch noch nicht ihr Wesen und ihre Ursachen ergründet habe, thatsächlich in Ortschaften, in denen für gefundenes Wasser und Reinlichkeit in den Straßen georgt war, alle Epidemien machtlos waren. Daß aber das Impfen der Epidemie Einhalt thut, ist noch von Niemand bewiesen. Im Interesse der Wissenschaft mag es liegen, hierüber Versuche anzustellen, wenn aber ihre Interessen erst durch ein Strafgesetz geschützt werden müssen, kann sie mir nur leid thun. Ich bitte Sie, das Gesetz abzulehnen.

Abg. Dr. Löwe: Die Frage, ob das Impfen die Pocken-Epidemie verhindert, entzieht sich jetzt noch der Discussion. Das aber steht fest, daß die große Abnahme der Sterblichkeit während der Epidemie in neuerer Zeit nur der Wirkung des Impfens zuzuschreiben ist. Die Sachverständigen waren bis vor etwa vier oder fünf Jahren noch zweifelhaft, ob der Impfzwang einzuführen sei. Das Ober-Medical-Collegium in Sachsen hat vor etwa elf Jahren die Frage discutirt und erklärt, daß Impfen sei entschieden eine Wohlthat, aber ein Zwang sei nicht zu befürworten, denn man dürfe erwarten, daß die Gegner des Impfens sich bald bekehren würden. Später hat dasselbe Collegium durch die Erfahrung sich überzeugt, daß das Nichtgeimpftsein des Einzelnen eine Gefahr für die Gesellschaft sei. Von einem absoluten Zwange ist übrigens in dem vorliegenden Gesetze nicht die Rede, es liegt nur eine Steuer auf das Nichtgeimpfte. Die Zahl der Fälle, in welchen das Impfen möglicherweise nachtheilige Folgen gehabt hat, ist verschwindend klein gegenüber den Millionen von Fällen, die für die Nützlichkeit des Impfens sprechen. Unter den wenigen Fällen, die Zweifel gegen die Nützlichkeit aufkommen lassen könnten, sind überdies manche, die nach genauer Untersuchung als solche fallen. Ich will nur einen anführen. Ein Kind, das eben geimpft worden war, bekam alsbald eine syphilitische Augenkrankheit und fast allgemein war man der Meinung, das Kind habe mit der Syphilis den Krankheitstoff in sich aufgenommen. Es ergab sich jedoch, daß das Kind mit Blut vermischt Lymphe sich in das Auge gewischt habe. Schlechte Wartung war also die Ursache der Erkrankung des Kindes.

Der § 1 der Vorlage, der den Impfzwang für Kinder und Jünglinge von Lehranstalten vorschreibt, wird hierauf gegen die Stimmen des Centrums, der Polen, der Socialdemokraten und einiger Mitglieder der Fortschrittspartei angenommen. Desgleichen die §§ 2—13 mit einer kleinen redaktionellen Änderung im § 7, wo für Vorstände der Lehranstalten „Vorsteher“ geheißen wird.

§ 14 lautet: „Bei einem Ausbrüche der Blatternkrankheit kann die zuständige Behörde anordnen, daß die Einwohnerschaft jedes von der Krankheit befallenen Ortes oder ein Theil derselben, ohne Rücksicht auf frühere Impfungen, binnen bestimmter Frist der Impfung sich zu unterziehen habe. Wer diese Frist ohne geistlichen Grund versäumt und eine amtliche Aufforderung zur Nachholung der Impfung nicht befolgt, wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.“

v. Unruh (Magdeburg) beantragt nach den Worten „die Einwohnerschaft“ einzuhalten: „bis zum Alter von 30 Jahren“ und Dr. Bamberger „bis zum Alter von 20 Jahren“.

Abg. Reichensperger (Krefeld) spricht sich, wie bereits in der zweiten Berathung, überhaupt gegen jeden Zwang aus, und beruft sich für die im Volke vorhandene Abneigung gegen einen solchen Zwang wiederum auf das Votum von Petitionen, die mit wahrer Fanatismus gegen das Gesetz auftraten. Wenn man nun auch den eigentlichen Zwang hat fallen lassen und nur eine Steuer auf das Nichtgeimpfte legen will, so sollte man doch daran denken, daß es wahrhaft schon genug Steuern und bessere Sachen gibt, zu deren Gunsten man Steuern auferlegen kann. Wenn man für eines der

beiden Amendments stimmen könnte, dann könnte man auch den ganzen Paragraphen ablehnen.

Präsident Delbrück: Ich kann Sie nur bitten, die beiden Amendments abzulehnen. Sie hatten entweder schon in der zweiten Lesung oder für die dritte Lesung so früh eingebrochen werden müssen, daß es praktisch möglich gewesen wäre, eine technische Erwägung einzutreten zu lassen. Zu gleicher Zeit will ich darauf aufmerksam machen, daß in Preußen aus dem Jahre 1835 eine durch königliche Cabinetsordre genehmigte Medicinalpolizei-Verordnung zu Recht besteht, nach welcher bei einer weiteren Verbreitung der Blattern-Epidemie eine Zwangs-Impfung in der ganzen Ortschaft eintreten soll, während das vorliegende Gesetz nur eine teilweise Impfung eintreten läßt.

Abg. v. Puttkamer (Loh) bringt für den Nutzen der Revaccination statistisches Material bei, wonach in den Krankenhäusern und Gefängnissen von Uingeimpften 70, von einmal Geimpften 14, von Revaccinierten 3½ pro Cent gestorben sind.

Abg. v. Mallinckrodt: Ich stimme gegen den § 14. Denn über den unbedingten Nutzen der Revaccination sind die medicinischen Autoritäten selbst noch nicht einig. Was ist denn überhaupt die medicinische Wissenschaft? (Heiterkeit!) Ein Conglomerat der verschiedensten Ansichten und Disciplinen die sich diametral gegenüberstehen. Heute heißt es: Die Fenster sezt gemacht! morgen bei derselben Krankheit: nur möglichst viel frische Luft! Heute ist man für strenge Diät, blos für Wassersuppen, morgen vororten man eine Flasche alten Madeira oder Burgunder oder einen anderen kräftigen Wein (Heiterkeit); heute gilt die Allopathie, morgen die Homöopathie. Das alles sind Gegenseite, die wenige Jahre auseinanderliegen. Warum also das Impfen erzwingen? Herr Präsident Delbrück hat die Verordnung von 1835 angeführt; aber wie ist sie gehandhabt worden? Schon die dazu erlassene Instruction zeigt, daß es mit dem Zwang durchaus nicht Ernst war. Sie werden doch in Ihrer Vorbericht für den Zwang nicht so weit gehen, daß Sie ihn ohne dringende Nothwendigkeit bloß aus reinem Vergnügen auferlegen. Selbst der schon 40 Jahre in Preußen bestehende Zwang ist niemals angewendet worden.

Abg. v. Unruh (Bomst): Dieser letzten Behauptung muß ich widersprechen. Im Bomster Kreise ist bei einer heftigen Podenepidemie im Jahre 1854 diese Verordnung in weitem Umfange und mit gutem Erfolg zur Anwendung gekommen.

Abg. Dr. Löwe spricht sich gegen beide Amendments aus, da die Erfahrung beweist hat, daß die meisten Erkrankungen gerade unter älteren Leuten, welche die Revaccination verschmäht haben, vorkommen. Man mag immerhin den Sachverständigen eine sehr beehmte Stelle bei der Legislatur einräumen; bei der Ausführung der Gesetze sind sie nicht zu umgehen, oder man gibt sie der vollständigsten Anarchie preis.

Bei der Abstimmung werden zunächst beide Amendments und sodann in namentlicher Abstimmung auch der § 14 mit 141 gegen 140 Stimmen abgelehnt. (Gegen den § 14 stimmen u. L. auch die Abg. Ritter, Bamberger und Lasker.) Die Verkündigung des Resultates ruft einige Bewegung und im Centrum lebhafte Freude hervor. Man sieht ein hervorragendes Mitglied desselben einem hervorragenden Mitgliede der nationalliberalen Fraktion, dem es das Verdienst der obigen Entscheidung zuzuschreiben scheint, mit besonderer Lebhaftigkeit und Wärme seinen Dank auszusprechen und die Heiterkeit des Hauses begleitet diese Scene.)

§ 18 lautet: Werate, welche bei Ausführung einer Impfung fahrlässig handeln, werden mit Geldstrafe bis zu 500 Mark oder mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten bestraft, sofern nicht nach dem Strafgesetzbuche eine härtere Strafe eintritt.

Auf Antrag Grunbrecht's und unter Zustimmung des Präsidenten Delbrück wird der Paragraph so gefaßt: „Wer bei Ausführung einer Impfung fahrlässig handelt, wird“ u. s. w.

§ 19 lautet: Die Vorschriften dieses Gesetzes treten mit dem 1. Juli 1875 in Kraft. Die einzelnen Bundesstaaten werden die zur Ausführung erforderlichen Bestimmungen treffen.

Abg. Dr. Löwe beantragt statt des 1. Juli zu sehen den 1. April und außerdem folgenden Zusatz: „Die in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Zwangsimpfungen bei dem Ausbruch einer Pocken-Epidemie werden durch dieses Gesetz nicht berührt.“ Er führt aus: Den 1. April als Termin würde Ihnen schon die freie Commission vorschlagen haben, hätte sie die Überzeugung gehabt, daß einzelnen Bundesregierungen bis dahin die Ausführungsarbeiten möglich sein würden. Nachdem diese Erklärung mir nun zu Theil geworden schläge ich Ihnen auch vor, den früheren Termin festzusetzen. Der 2. Theil des Antrags soll verhindern, daß mit diesem Gesetz ein Rückschritt gemacht werde, indem die einzelnen Bundesstaaten dadurch gezwungen werden, wenigstens auf dem gegenwärtigen Stand ihrer Impfgelehrtegebung sieben zu bleiben.

Abg. Windthorst beantragt im Gegenseite zum Vorredner folgenden Zusatz: Die in den einzelnen Staaten in Bezug auf das Impfgesetz bestehenden Bestimmungen treten gleichzeitig mit Geltung dieses Gesetzes außer Kraft.

Abg. v. Mallinckrodt: Der Antrag Löwe ist eigentlich nur eine Wiederherstellung des eben abgelehnten § 14 (Widerpruch links), er ist durch das Resultat dieser Abstimmung doch hervorgerufen (Schr. wahr!), nun das ist doch die Probe für meine Behauptung. (Nein!) Dieses Verfahren kommt heut allerdings nicht zum ersten Mal hier vor, ich halte es aber nicht für correct. Jedenfalls hat uns dasselbe auf eine Lücke in dem Gesetze aufmerksam gemacht. Ihre Ansicht und die der Bundesregierungen geht ursprünglich dahin, daß mit Einführung des Reichsgesetzes diejenigen Landesgesetze, welche denselben Gegenstand betreffen, außer Kraft treten sollen. Ist das das richtig, dann ist der Entwurf sehr wenig geeignet, diese Ansicht zu verwirren, denn der Schlusssatz enthält keinerlei Bestimmungen dieser Art. Die juristische Interpretation führt deshalb mit Nothwendigkeit dahin, daß das Reichsgesetz den Landesgesetzen nur soweit derogiert, als dieselben mit ihm im Widerpruch stehen, daß aber alle darüber hinausgehenden Bestimmungen nach wie vor rechtmäßige Geltung behalten. Wenn Sie dieses nun nicht wollen, wenn Sie wollen, daß das Reichsgesetz allein über das Impfgesetz maßgebend sein soll, dann müssen Sie den Antrag Windthorst annehmen.

Wer wollen Sie vielleicht, daß die gesamte Particulargesetzgebung daneben in Kraft ist, daß in jedem Falle eine Untersuchung ange stellt werden soll, welcher Paragraph durch das Reichsgesetz aufgehoben wird? Wollen Sie diesen Zustand einer völligen Rechtsverwirrung, dann stimmen Sie dem Antrage Löwe zu.

Präsident des Reichskanzleramtes Delbrück: Ich darf annehmen, daß der Antrag, welcher den Anfangstermine für das Gesetz auf den 1. April feststellt, bei den Bundesregierungen kein Bedenken erregen wird. Was den 2. Theil des Antrages, die Aufrichterhaltung der bestehenden Particularbestimmungen angeht, so bin ich nicht in der Lage, Namens der verbündeten Regierungen eine Ansicht auszusprechen. Jedenfalls muß ich mich aber gegen den Antrag Windthorst erklären, weil derselbe nur einem sich von selbst versteckenden Gedanken ausdrückt, und ich es für einen legislativen Fehler halte, derartige selbstverständliche Bestimmungen in ein Gesetz zu bringen. Wenn das heutige berathene Gesetz wirklich zu Stande kommt, so werden alle das Impfgesetz betreffenden Particulargesetze damit ipso pure beseitigt und es bedarf darüber keiner besondern Bestimmung.

Abg. Lasker: Ich schließe mich gleichfalls der Ansicht an, die der Herr Präsident des Reichskanzleramtes jetzt entwickelt hat. (Heiterkeit im Centrum.) M. H. Sie haben noch gar nicht gehört, was ich sagen will, und begleiten mich schon mit Ihren Ausrufen. Zu der That scheint mir das nicht sehr der Autorität Ihrer zu Begleitung dienen, wenn Sie schon anfangen, ehe Sie wissen, was ich sage. (Heiterkeit.) Also ich bin der juristischen Ansicht: wenn Reichsgesetze für eine ganze Materie gegeben werden und Sie diese Materie erschöpfen, daß dann die Landesgesetze daneben nicht mehr bestehen können, wiederholen Sie Ihren Zutritt jetzt. (Heiterkeit.) Deswegen ist es gerade nothwendig, wenn Sie die Landesgesetze in dieser Beziehung bestehen lassen wollen, daß Sie den Antrag Löwe annehmen. Nun hat zwar der Abgeordnete von Mallinckrodt auseinandergesetzt, daß dies der Wiederherstellung des § 14 gleich wäre, die Logik hat er aber dabei unterwegs gelassen (Schr. im Centrum.)

Wenn der § 14 bestehen geblieben wäre, dann würde im ganzen deutschen Reiche, auch wo gegenwärtig die gesetzliche Ermächtigung nicht besteht, diese gegeben sein. Wenn Sie aber den Antrag Löwe annehmen, bleibt der alte Rechtszustand und diejenigen Staaten, welche zur Zeit von Epidemien keinen Impfzwang haben, werden ihn fortan auch nicht haben. Was nennt nun der Abgeordnete v. Mallinckrodt „identisch“? wenn zwei Dinge verschieden sind, so darf man dafür nicht den lateinischen Ausdruck „identisch“ gebrauchen. (Heiterkeit!) Derjenige Abgeordnete hat ausgeführt, daß diejenigen, welche früher gegen den § 14 gestimmt, jetzt auch gegen den Antrag Löwe stimmen müssen. Auf Ermächtigung des Abg. Löwe darf ich sagen, daß ich, der ich früher gegen den § 14 gestimmt habe, gleichzeitig ihm den Rath gab, diesen Antrag einzubringen. (Aha! im Centrum.) Sie sagen jetzt: „aha!“ (Große Heiterkeit!) Der Grund für dieses mein Handeln war der — und dies ist gewiß ein vernünftiger anzuerkennender Grund: — wenn die Sache so zweifelhaft liegt, wie die Abstimmungen dieses Hauses es ergeben haben, so ist ich nicht in der Lage, einen Zwang, der Vieles kräfftigt, da einzuführen, wo der Zwang nicht besteht. Ich bin aber eben so wenig in der Lage, den Zwang aufzuheben, wo er bereits geistlich geltend Recht ist, sondern man lasse die Dinge eben wie sie bestehen. Den Zwangswill will ich haben, und wenn Sie meinen, daß bei der Revaccination Vieles gefährdet werden, so will ich die veränderte Praxis in den verschiedenen Bundesstaaten bestehen lassen und nach einiger Zeit, wenn — was Gott verhüte — wir wieder Epidemien erhalten, so werden uns die Erfahrungen aus den verschiedenen Ländern berichtet werden, und wenn die einen Länder dann besser fortkommen als die andern, so werden wir den § 14 mit seinem Zwang abnahmen. Für heut aber waren einige von uns gezwungen, dem Wunsche der fast gleichen Hälfte des Hauses nachzugeben und die Dinge beim Alten zu lassen. Das ist etwas ganz Anderes, als was der Herr Abgeordnete Windthorst beabsichtigt und was der Herr Abg. v. Mallinckrodt identisch mit unserem früheren Beschlusse dargestellt hat. Ich werde deshalb für den Antrag des Herrn Abg. Löwe stimmen und glaube weit genug der einen Hälfte des Hauses deferit zu haben, daß sie den Zwang da fernhalte, wo er gegenwärtig nicht besteht. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Windthorst: Nie vielleicht hat das große Publikum mehr Interesse an den Reichstag-Verhandlungen genommen, als gegenwärtig bei Berathung des Impfgesetzes. (Oho! links.) Ich erhebe das aus den zahlreichen Zeitschriften, die mir über diesen Gegenstand zugegangen sind, zum großen Theil auch von Aertern, allopathischen sowohl wie homöopathischen, und die sich alle gegen den Impfzwang aussprechen. Bei diesem Zwangspunkt unter den Autoritäten ist es mir nicht möglich, den Impfzwang zu votiren und darum habe ich gegen § 14, den Kernpunkt des Gesetzes, gestimmt, weil ich hoffe, daß nach Ablehnung deselben die Regierung den Entwurf zurückzieht. Ich bin überzeugt, daß die Regierung bei einem derartigen Widerstreit der Meinungen, während das Haus in fast zwei gleichen Hälften sich in dieser Frage gegenübersetzt, nicht wagen wird, einen Zwang auszusprechen. Wenn eine Epidemie ausbricht, werde ich mich impfen lassen (Schr. links), obwohl ich wiederholt geimpft bin; aber ich will Niemanden zwingen, sich mit einer Lompe impfen zu lassen, von der er nicht weiß, ob sie gesund ist; wenn Herr Abg. Löwe nicht mit seinem Kopfe dafür garantirt, daß immer gute Lompe angewendet werden wird. (Heiterkeit.) Beifall im Centrum.)

In gewöhnlicher Abstimmung wird darauf der Paragraph selbst und der erste Theil des Antrages Löwe, in namenlicher der zweite Theil desselben mit 160 gegen 122 Stimmen angenommen.

Bei der Resolution betreffend die Errichtung eines Reichsgesundheitsamtes bemerk't:

Abg. Windthorst: Zur Ausführung dieses Gesetzes, wenn es wider Erwarten Gesetzeskraft erhalten sollte, ist ein solches Reichsgesundheitsamt nicht erforderlich; es genügen in dieser Hinsicht vollkommen die Medicinal-Collegien der Einzelstaaten. Ich meine, wir sollten in der Errichtung neuer Behörden äußerst vorsichtig sein, schon aus Rücksicht auf die Steuerzahler, auch kommen wir sonst bald dahin, daß Niemand mehr im deutschen Reiche ist, der kein Staatsamt bekleidet; und dabei haben wir auch noch eine doppelte Garnitur von denselben Beamten, einmal deutsche und dann in jedem Einzelstaat. Besser wie eine ständige Behörde wird es sein in einzelnen Fällen und Fragen Commissionen ad hoc zu berufen, wie im vorigen Jahre bei der Cholera. Dabei will ich noch darauf aufmerksam machen, daß viele hervorragende Mediziner nicht in die Behörde berufen werden können, weil sie nicht in Berlin wohnen. Sobald ein Bedürfnis zu einem solchen Gesundheitsamt vorliegen sollte, wird das Reichskanzleramt schon von selbst damit damit kommen.

Abg. Dr. Zinn: Nachdem vor einigen Jahren der Reichstag selbst die Forderung nach einem solchen Reichsgesundheitsamte an die Bundesregierungen gestellt hat, finde ich diesen lebhaften Widerspruch dagegen etwas auff

Augusta-Hospital anwesend. — Der Besuch Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden bei den Kaiserlichen Eltern wird am 18. d. Ms. erwartet.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfang gestern Nachmittag um 3 Uhr den Professor Jessen. Um 5 Uhr nahm Ihre Hoheiten der Erbprinz und die Prinzessin Marie von Sachsen-Meiningen das Diner bei den höchsten Herrschaften. Um 7½ Uhr Abends begab Sich Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit zur Feier des 50-jährigen Bestehens des Architekten-Vereins nach der Kaiser-Galerie. (Reichsanzeiger)

○ Berlin, 14. März. [Fürst Bismarck. — Die neue Encyclica des Papstes. — Die Ausstellung in Bremen.] Im Besinden des Fürsten Bismarck ist eine Besserung eingetreten, doch befindet sich derselbe in Folge der andauernden heftigen Schmerzen in einem äußerst angegriffenen Zustande. — Die Encyclica des Papstes an die österreichischen Bischöfe ist in manigfacher Weise interessant und bedeutsam. Wenn auch in ihr erklärt wird, die kirchlichen Gesetz-Entwicklungen Österreichs seien im Vergleich mit den preußischen Kirchengeisen gemäßigt, so wird doch zugestanden, daß beide von demselben Geiste eingegeben sind. Der Papst also constatirt, daß eine katholische Regierung eines fast ausschließlich katholischen Staats dieselben Ziele verfolgt, wie die Regierung des überwiegend protestantischen Preußen. Diese Gemeinsamkeit der Überzeugung wird doch wohl einen triftigen Grund haben. Bemerkenswerth ist auch, daß die „Germania“ jetzt durch den Mund des für sie competentesten Mannes in ihrer neutrinen Ansicht widerlegt wird, daß es durchaus unberechtigt sei, eine Parallelisirung der Kirchen-Gesetzgebung Österreichs und Preußens zu behaupten. — Der Finanzminister hat die Directoren der Forst-Akademie zu Neustadt-Gerswalde und Münster und außerdem einige Forstbehörden veranlaßt, die Ausstellung in Bremen mit geeigneten forstlichen Gegenständen zu beschicken. Durch diese Maßnahme werden Forstwirtschaft und Jagd nicht allein in ihrer theoretischen, sondern auch praktischen Seite auf der Ausstellung vertreten sein. Was speciell die Repräsentation der Jagd betrifft, so wird dazu selbst Afrika sein Contingent stellen. Herr Ed. Mohr aus Bremen hat sich bereit erklärt, seine berühmten afrikanischen Jagd-Trophäen, Büchsen, Gewehre und sonstige Gerätschaften in der Ausstellung zur Schau zu bringen. Es wird auch das große Jagdgemälde des königlichen Hof-Jagdmasters zu Hannover, welches in letzter Zeit bei den großen Jagden in der Göhrde und bei Springe benutzt worden ist, auf der Ausstellung zur Ansicht kommen.

[Zur Feier des Geburtstages des Kaisers] werden außer dem Großherzog von Baden und dessen Gemahlin, welche letztere schon am Sonntag hier eintrifft, der Großherzog von Mecklenburg mit seiner Familie, der Großherzog von Weimar, der Herzog von Anhalt und der Fürst von Waldeck, sämlich mit Familie, am hiesigen Hofe erwartet.

[Der Kaiser von Russland] wird am 3. Mai hier eintreffen und sich hier drei bis vier Tage aufzuhalten. Se. Maj. begiebt sich alsdann nach Stuttgart zu der am 8. Mai stattfindenden Vermählung des Herzogs Eugen von Württemberg mit der Großfürstin Wiera Cosmolowna.

[Über das Besinden des Reichskanzlers] verlautet Folgendes: Fürst Bismarck leidet an einer Neuralgie des rechten Schenkelnerven und befindet sich auf dem Wege der Besserung. Die Mittheilung jedoch, daß derselbe den Vortrag des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes entgegengenommen habe, ist unbegründet. Die Entgegennahme von Vorträgen und Befreiung an den Geschäften ist durch den leidenden Zustand des Reichskanzlers ausgeschlossen.

D. R. C. [Verhaftung.] Der „Neue Social-Democrat“ brachte in diesen Tagen die Nachricht, daß der Bevollmächtigte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für Berlin, Ets., plötzlich vor einigen Tagen verhaftet sei. Wie wir hören, ist diese Verhaftung auf Grund einer gegen Ets. und andere Mitglieder dieser Partei von den hiesigen Staatsanwaltschaft eingeleiteten Untersuchung wegen Landfriedensbruch erfolgt. Dieses Verbrechen sollen sich die angeklagten Personen dadurch zu Schulden haben kommen lassen, daß sie eine Versammlung befürchten, die seitens der sog. christlichen Socialdemokratie war, und in der sie nach ihrer bekannten Methode zunächst das Heft in die Hände zu bekommen suchten und schließlich durch Gedreie und Prügelei die Einberufer an der Weiterführung der Versammlung hinderten. Wenn seitens der Staatsanwaltschaft das Princip adoptirt wird, in allen solchen Fällen eine derartige Anklage zu erheben und mit solcher Strenge gegen die Friedensstörer vorzugehen, dann wird es bald mal wieder möglich sein, in Berlin eine Versammlung abzuhalten, ohne in der bisher üblichen rohen Weise von den Socialdemokraten oder deren gelehrigen Schülern, den Ultramontanen, gestört zu werden.

[Prägungen.] In der Woche vom 22. bis 28. Februar 1874 sind geprägt worden an Goldmünzen: 788,280 Mark 10-Markstücke, an Silbermünzen: 836,129 Mark 1-Markstücke, 109,907 Mark 10-Pfennigstücke; an Nidelmünzen: 106,455 Mark 30 Pf. 10-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 24,705 Mark 80 Pf. 2-Pfennigstücke; 6911 Mark 94 Pf. 1-Pfennigstücke. Vorher waren geprägt an Goldmünzen: 819,309,060 Mark 20-Markstücke, 200,996,610 Mark 10-Markstücke; an Silbermünzen: 6,328,956 Mark 1-Markstücke, 2,953,744 Mark 80 Pf. 20-Pfennigstücke; an Nidelmünzen: 857,574 Mark 90 Pf. 10-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 127,598 Mark 4 Pf. 2-Pfennigstücke, 23,429 Mark 87 Pf. 1-Pfennigstücke. Mithin sind im Ganzen geprägt an Goldmünzen: 819,309,060 Mark 20-Markstücke, 201,784,890 Mark 10-Markstücke = 1,021,093,950 Mark; an Silbermünzen: 7,165,085 Mark 1-Markstücke, 3,063,742 Mark 20 Pf. 20-Pfennigstücke = 10,228,827 Mark 29 Pf.; an Nidelmünzen: 964,030 Mark 20 Pf. 10-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 152,304 Mark 24 Pf. 2-Pfennigstücke, 30,341 Mark 81 Pf. 1-Pfennigstücke = 182,646 Mark 5 Pf.

[Se. Majestät der Kaiser und König] haben bestimmt, daß die bei den Pionniere, bisher übliche Bezeichnung „Compagnie-Commandeur“ in „Compagnie-Chef“ umzändern ist.

Braunschweig, 12. März. [Commissionsbericht in der Regentenfrage.] In dem soeben bekannt werdenden Commissionsbericht über das ministerielle Schreiben vom 9. Februar d. J. bezüglich der Neuregelung der Regentenfrage wird Minister v. Campe's Vorschlag, daß nunmehr auch ohne Garantie des Kaisers weitere Verhandlungen mit Mitgliedern eines deutschen Fürstenhauses behufs Übernahme der Regenschaft gepflogen werden könnten, zurückgewiesen und zwar erstens, weil dies „mit den der Reichsgewalt gehörenden Rückfischen nicht vereinbar sei, und zweitens, weil unter solchen Umständen unternommene Verhandlungen in den letzten Erfolgen völlig unzulässig“ sein würden. Dann führt der von einem Mitglied des äußersten Rechten wie auch von Wortführern der Liberalen unterzeichnete Bericht aus, daß es nach Ableben des kinderlosen Herzogs Karl und nach Ablehnung der kaiserlichen Garantie für das Regentenrecht räthlich wäre, gerade im Interesse des ungehinderten und ungefährten Fortgangs der Regierung auch nach dem Tode des regierenden Herzogs „die Ausführung des vereinbarten Regentenrechts für jetzt ruhen zu lassen.“ Nachdem die Commission diesen Rath ertheilt, geht sie alsdann mit der Regierung wegen ihrer in dieser Frage gezeigten Haltung scharf ins Gericht. Es wird gefragt, daß die im Regentenrecht gesetzten Agnaten des regierenden Hauses bemerkbar günstige Färbung die Zustimmung des Landtages nur dadurch erhielt, „daß durch die in Aussicht genommene Garantie des Kaisers, in welcher zugleich die Reichsgewalt erblickt wurde, sichere Gewähr für eine dem Rechte und den Interessen des Landes zufagende Erledigung der Frage über die Thronfolge gegeben war.“ Die vorstehende Erklärung gewinnt noch dadurch an Bedeutung, daß der Bericht einige Zeilen vorher ziemlich

klar und offen die Verblüffung mit Preußen, resp. mit der Provinz Hannover als eine stets im Interesse des Landes gelegene Erledigung der Thronfrage bezeichnet. (Wes.-Z.)

Salzburg. [Lothringen] 10. März. [Französische Bischöfe als Vorgesetzte der Geistlichen in den Reichslanden.] In einem Berichte der „N. Fr. Ztg.“ aus Salzburg im Lothringischen wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Erzbischof von Besançon gegenwärtig noch die oberste Kirchenbehörde von Elsaß-Lothringen bildet, daß also die beiden Bischöfe von Straßburg und Metz, mithin das ganze katholische Reichsland unter der directen Einwirkung dieses notorisch sehr lästigen, deutsch-feindlich gesinnten Kirchenfürsten steht und dazu ein Theil des Elsaß noch dem französischen Bistum St. Dié unterstellt ist und eine ziemliche Anzahl von Gemeinden des Kreises Salzburg zum Bistum Nancy gehören. Es ist, heißt es dort, zur Genüge bekannt, in welcher Weise diese fremden Bischöfe bisher ihre Herrschaft über die ihnen untergebenen Geistlichen des Reichslandes und durch deren Vermittelung auf das Volk ausgeübt haben. Schon vor einigen Wochen mußte ein katholischer Pfarrer eines solchen Distrikts vom Landgerichte Metz wegen genauer Befolbung der Anordnung seines vorgesetzten Bischofs zu einer Gefängnisstrafe verurtheilt werden. Trotzdem hat sich in den nächsten Tagen wieder eine Anzahl Pfarrer vor diesem Gerichte wegen desselben Vergehens zu verantworten.

Deutschland.

Wien, 13. März. [Die päpstliche Encyclica.] Das „Vater.“ veröffentlicht den Wortlaut der vom Papste an die österreichischen Bischöfe gerichteten Encyclica. Dieselbe lautet folgendermaßen:

Encyclica des heil. Vaters Pius IX. an die Cardinale, Erzbischöfe und Bischöfe des Kaiserthums Österreich.

Geliekte Söhne und ehrwürdige Brüder, Gruß und apostolischen Segen.

Raum war von uns der katholischen Welt in dem Schreiben vom 24. November des vorigen Jahres die schwere Verfolgung angekündigt, welche namentlich in Preußen und der Schweiz gegen die Kirche erregt worden ist, als uns ein neuer Kummer bereitet wurde durch die Nachricht von anderen, dieser Kirche drohenden Unbillen (injurias), welche ähnlich ihrem göttlichen Bräutigam, auch selbst schon klagen kann: „Sie haben zu dem Schmerz meiner Wunden noch hinzugethan.“ Durch diese Unbillen werden Wir desto schwerer bekümmt, als sie ausgeübt werden von der Regierung des österreichischen Volkes, welches in den größten Zeiten der christlichen Staatenordnung im engsten Bunde mit diesem apostolischen Stuhle tapfer für den katholischen Glauben gekämpft hat.

Ihre wurden schon vor einigen Jahren in diesem Reiche Gesetze und Verordnungen erlassen, welche den heiligsten Rechten der Kirche, und feierlich abgeschlossenen Verträgen entschieden widersprechen, und welche wir in unserer am 22. Juni 1868 an die ehrwürdigen Brüder der heil. römischen Kirche Cardinale gehaltenen Allocution pflichtmäßig verbannen und als ungültig erklären mußten. Gegenwärtig aber werden dem Reichsrath zur Behandlung und Genehmigung neue Gesetze vorgelegt, welche offenbar dahin zielen, die katholische Kirche in die verderblichste Knechthafft unter der Willkür der staatlichen Gewalt zu bringen, gegen die göttliche Anordnung Unseres Herrn Jesu Christi.

Denn der Schöpfer und Erlöser des menschlichen Geschlechtes hat die Kirche gestift, gewissermaßen als sein sichtbares Reich auf Erden, ausgestattet nicht allein mit dem übernatürlichen Gnadengeiste des unfehlbaren Lehramtes zur Verbreitung der heiligen Lehre und des heiligsten Priestertums zum göttlichen Dienst und zur Heiligung der Seelen durch das Opfer und die Sacramente, sondern auch mit eigener und voller Macht zur Erlösung von Gesetzen, zur Urheilsfassung und zur Anwendung einer heilamer Mäßigung in allen Dingen, welche sich auf das eigentliche Ziel des Reiches Gottes auf Erden erstreden.

Da aber diese übernatürliche Macht der kirchlichen Regierung, auf der Anordnung Jesu Christi beruhend, sehr verschieden und von der weltlichen Herrschaft unabhängig ist, ist dieses Reich Gottes auf Erden das Reich eines vollkommenen Gesellschafts, welches geordnet und regiert wird nach eigenen Gesetzen, nach eigenem Rechte, durch eigene Vorstände, welche wachen, um Rechenschaft für die Seelen, nicht den staatlichen Herrschern, sondern dem Fürsten der Hirten, Jesus Christus abzulegen, von welchem die Hirten und Lehrer eingestellt sind, keiner weltlichen Macht in ihrem Seelenante unterworfen. Wie also den geweihten Vorständen zu regieren, so gebürtigt es allen Gläubigen, nach der Mahnung des Apostels, ihnen zu gehorchen und sich ihnen zu unterwerfen und daher ist das beßrigste Recht katholischer Völker, in diesen göttlichen Pflicht die Lehre, Disciplin und Gesetze der Kirche zu befolgen, von der staatlichen Gewalt nicht gehindert zu werden.

Ihr erkennet schon, geliekte Söhne und ehrwürdige Brüder mit Uns, eine wie schwere Verleugnung dieser göttlichen Kirchenverfassung, ein wie unerträglicher Umsturz der Rechte des apostolischen Stuhls, der heiligen Vorchriften und des ganzen katholischen Volkes in der Ausstellung jener Gesetze, welche der österreichische Reichsrath gegenwärtig verhandelt, enthalten ist und offen verdeckt wird.

Denn jenen Gesetzen gemäß wird die Kirche Christi fast in allen Beziehungen und Handlungen, welche die Leitung der Gläubigen betreffen, als eine der höchsten Gewalt der weltlichen Autorität ganzlich unterliegende und unterworfen erachtet und angesehen; und dies wird in dem Motivbericht, welcher die Kraft und den Sinn der vorgeschlagenen Gesetze erläutert, ganz offen, gleichsam als Grundsatz ausgesprochen. Darin wird auch ausdrücklich erklärt, die weltliche Regierung habe kraft ihrer unumstrittnen Macht das Recht, die über weltliche, so auch über kirchliche Dinge Gesetze aufzustellen, und die Kirche zu überwachen und zu beherrschen, wie alle anderen menschlichen Gesellschaften, welche innerhalb der Grenzen des Reiches vorhanden sind.

Daber macht sich die weltliche Regierung sowohl das Urteil und das Lehramt über die Verfaßung und die Rechte der katholischen Kirche, als auch über deren obere Leitung an, welche sich theils durch sich selbst mit ihren Gesetzen und Handlungen, theils durch kirchliche, ihr verordnete Persönlichkeit ausübt. Daraus folgt, daß die Willkür und Macht der weltlichen Regierung an die Stelle der geheiligten Gewalt tritt, welche zur Leitung der Kirche und zur Erbauung des Leibes Christi nach göttlicher Anordnung eingerichtet ist. Gegen eine solche Annahme des Heiligthums antwortet mit Recht der große Ambrosius: „Man führt an, daß dem Kaiser alles erlaubt sei und ihm Alles angebölle. Ich antworte: Wöhne doch ja nicht, daß Du über Jenes, was göttlich ist, irgend ein fächerliches Recht besitzest. Erhebe Dich nicht, sondern sei Gott untertan. Es steht geschrieben: was Gott ist gebürt Gott, was des Caesars, dem Caesar. Dem Kaiser gehören die Paläste, dem Priester die Kirchen.“

Was ferner diese Gesetze betrifft, welchen der Motivbericht vorangestellt wird, so sind sie in Wahrheit von derselben Natur und Drangweite, wie die preußischen Gesetze, und bereiten der katholischen Kirche im österreichischen Gebiete dasselbe Verderben, obwohl sie einigen Schein von Mäßigung zur Schau zu tragen scheinen, wenn sie mit den preußischen verglichen werden.

Wir wollen die einzelnen Gesetzeskapitel nicht erläutern, können aber in keiner Weise die schwere Belästigung mit Stillschweigen übergehen, welche gerade durch die Aufstellung solcher Gesetze Uns selbst und diesem apostolischen Stuhle, doch nicht minder Euch, geliebte Söhne und ehrwürdige Brüder, und dem ganzen katholischen Volke dieses Reiches angethan wird. Die im Jahre 1855 zwischen Uns und dem erlauchten Kaiser abgeschlossene und von demselben katholischen Monarchen mit feierlichem Versprechen bestätigte mit dem ganzen Reiche als Reichsgesetz verkündete Vereinbarung wird jetzt im Abgeordnetenhaus mit der Erklärung vorgelegt, daß sie ganzlich außer Kraft gesetzt und abgethan werde, ohne vorangegangener Verhandlung mit diesem apostolischen Stuhle, ja mit offener Verachtung Unserer gerechten Vorstellungen. Solches hätte offenbar in jenen Zeiten, in welchen die öffentliche Treue noch Geltung besaß, nicht einmal versucht werden dürfen, jetzt aber in dieser traurigen Zeitlage wird es unternommen und vollbracht. Gegen die öffentliche Verleugnung des Concordats protestiren Wir vor Euch, geliekte Söhne und ehrwürdige Brüder, abermals.

Noch viel mehr verwerfen Wir die der ganzen Kirche zugefügte Belästigung, indem die Ursache und der Vorwand der Aufhebung des Concordates und der übrigen daran geknüpften Gesetze derweiterer Weise auf die Entscheidung der geoffenen und vom ökumenischen vatikanischen Concil bestätigten Glaubenslehren gesetzt wird, und diese katholischen Dogmen göttlicher Neuerungen und Änderungen der Glaubenslehren und der Verfaßung der Kirche genannt werden. Mögen auch im österreichischen Gebiete Einige sein, welche auf solche unchristliche Errichtungen hin den glorreichen

Vorfahren und mit dem ganzen kaiserlichen Hause der erlauchte Monarch; ihn bewahrt und bekennt der weitauß grösste Theil des Volkes, welchem solche und auf solche Errichtungen gestiftete Gesetze gegeben werden.

So wird ohne Unser Wissen und Willen eine feierliche Vereinbarung zerrissen, welche Wir mit dem erhabenen Kaiser geschlossen haben, damit das Heil der Seelen und der Vortheil des Staates gefördert werde. Eine neue Rechtsform wird vorgezeichnet und eine neue Gewalt der weltlichen Regierung zugeschrieben, damit sie auf eigene Faust über geistliche und kirchliche Angelegenheiten nach Belieben verfüge und verordne.

So weit geht es, daß mit diesen geplanten Gesetzen die unvergleichliche Freiheit der Kirche zum Heil der Seelen, zur Regierung der Gläubigen, in der religiösen Anleitung des Volkes und selbst des Clerus, in dem zur evangelischen Vollkommenheit erforderlichen Leben, in der Verwaltung und selbst im Beste der Götter, mit lästigen Fesseln umgeben und gelähmt wird. Das Verderbnis der kirchlichen Buchstaben wird eingeführt, der Absfall von der Kirche beginnt und die Vereinigung und Verschwörung der Secten gegen den wahren christlichen Glauben unter dem Schutz der Gesetze befürdet.

Wahrhaft eine große Fülle stünde Uns zu Gebote, wollten Wir erwähnen, welche und wie viele Nebel zu fürchten sind, sobald solche Gesetze eingeführt werden, allein sie können Eure Klugheit, geliekte Söhne und ehrwürdige Brüder, weder täuschen noch ihr unbemerkt bleiben. Denn fast alle kirchlichen Amtier und Beneficien, ja selbst die Ausübung der Pastoralfähigkeit werden der weltlichen Gewalt so unterworfen, daß die kirchlichen Oberen, wosfern sie den neuen Rechten (was ferne sei) sich unterwerfen würden, die Leitung der Diözesen, für welche sie strenge Rechenschaft Gott ablegen müssen, fernher nicht nach den heiligen Vorschriften der Kirche behalten, sondern auf den Wink und nach der Willkür Jener, welche dem Staate vorstehen, auszuüben und einzubüsten gezwungen würden.

Was wird ferner von jenen Gesetzesvorlagen zu erwarten sein, welche die Aufschrift tragen: In Anlehnung der klösterlichen Genossenschaften? Ihre schändliche Drangweite und ihr feindlicher Sinn ist so offenbar, daß Niemand es verleugnen kann, dieselben seien zum Verderbnis und Untergang der religiösen Orden ausgedacht und zubereitet. Der Verlust der zeitlichen Güter, welcher bevorsteht, ist schließlich so groß, daß er von einer öffentlichen Feindseligkeit und Verfeindung kaum sich unterscheidet. Diese Güter wird nämlich die Regierung nach Bekämpfung der Geiste in ihre Gewalt bringen und sich das Recht und die Macht zuschreiben, sie zu teilen, zu verleihen und mit Steuern so zu verkleinern, daß die armelose Nazierung und der Nutzen, welcher ihr übrig bleibt, nicht zur Ehre der Kirche, sondern zu ihrer Verhöhnung, und als Deckmantel der Ungerechtigkeit nicht mit Unrecht angesehen wird.

Da diese Gesetze, über welche im Abgeordnetenhaus des österreichischen Reiches verhandelt wird, so beschaffen sind und auf jene Prinzipien, welche Wir offen gelegt haben, sich stützen, so sind Euch, geliekte Söhne und ehrwürdige Brüder, die gegenwärtigen Gefahren ohne Zweifel klar, welche den Eurer Wachsamkeit anvertrauten Herden bevorstehen. Die Einheit und der Friede der Kirche wird nämlich auf das Spiel gesetzt, um Jenes angebaut, was ihr die Freiheit raubt, welche der heil. Thomas von Canterbury mit gutem Grunde die Seele der Kirche nannte, ohne welche sie weder lebt und kräftig ist gegen Jene, welche suchen, das Heiligtum Gottes durch Erbschaft zu besitzen. Diesen Auspruch erklärte ein anderer unüberwindlicher Verfeind der derselben Freiheit, der heil. Anselm, mit folgenden Worten: „Gott sieht in dieser Welt nichts so fehr, als die Freiheit einer Kirche. Jene, welche ihr nicht sowohl nützen als vielmehr über sie herrschen wollen, bewähren sich zweitens als Feinde Gottes. Frei will Gott seine Braut, nicht als Magd.“ Deshalb erwecken und entfiammen Wir Eure überirdische Wachsamkeit und Euren Eifer, wodurch Ihr für das Haus Gottes befehlt seid, damit Ihr die Gefahr, welche herannahmt, zu besiegen bestrebt seid. Hasset haben Mut, um den Eurer Zugend würdigen Kampf zu bestehen. Gewiss ist es Uns, daß Ihr weder an Mut noch an Kraft geringer seid, als jene ehrwürdigen Brüder, welche anderswo unter den bittersten Beschwörungen für diese Freiheit der Kirche durch Schmähungen und Trübsalen zum Schaupiel geworden, nicht allein den Raub ihrer Güter mit Freude ertragen, sondern auch in Keinen den Kampf der Leiden bestehen. Uebrigens ist alle Hoffnung nicht auf Unsere Kräfte, sondern auf Euren Mut bestrebt. Es handelt sich eben um die Sache Gottes, welcher durch seinen unfehlbaren Ausdruck Uns ermahnt und aufgerichtet hat: „In der Welt werdet Ihr Bedrängniß haben, aber vertrauet ich habe die Welt überwunden.“

Wir also, die Wir kraft Unsers apostolischen Amtes, indem die göttliche Gnade Unsere Schwäche stärkt, in diesem so wechselvollen und grauenvollen Krieg gegen die Kirche zu führen bestellt worden sind, sagen und geloben auch das, was der heil. Märtyrer von Canterbury einst mit folgenden Worten ausgedrückt hat: „Der Kampf, den die Feinde der Kirche gegen uns führen, ist ein Kampf zwischen ihnen und Gott; denn Wir verlangen von ihnen nichts Anderes, als was der ewige Gott der Kirche, als Er für sie Fleisch angenommen hatte, in seinem ewigen Vermächtnisse hinterlassen hat. Erhebet Euch also im Glauben und in der Liebe Christi mit uns zum Schutz der Kirche und kommt mit der Euch anvertrauten Autorität und Klugheit den Menschen zu Hilfe, denen keine Überflöde der Erfolge genügt, wenn die Kirche Gottes sich der Freiheit erfreut. Wir vertrauen auf Euch desto mehr, als es sich um eine Sache Gottes handelt. Was aber uns betrifft, so haltezt Ihr genüß, daß Wir es um Vieles vorziehen, den zeitlichen Tod zu erdul

berichtete; ich referiere die Behauptung, ohne zur Frage persönlich Stellung nehmen zu wollen, so lange ich nicht durch die auch mir vorläufig noch unbekannten Details zur Allegorie eines wohl überlegten Urtheils in Stand gesetzt bin. Ich will gerne glauben, daß die Eisenbahnbauten, zu welchen es in nächster Zeit bei uns kommen wird, eine bedeutende Verbesserung in der Situation der steiermärkischen Eisenwerke zur Folge haben werden und ich muß mich rücksichtlich der Taxirung der Werke in ars Aar moselle eines Urtheils enthalten, da hierüber bei uns gar zu wenig bekannt ist. Gewiß aber ist, daß die Bilanz in erster Linie nicht den mehr oder weniger immensen "inneren" Wert eines Betheils, sondern dessen Marktpreis nicht blos der Eisenwerke, sondern aller industriellen Werke seit der Acquisition der Judenburger und Lothringer Werke durch die Creditanstalt sehr bedeutend gewichen ist.

Um Ihnen einen Begriff davon zu geben, welche Taxirung jetzt bei industriellen Werken die hierzulande übliche ist, diene ich Ihnen mit Daten über ein paar Unternehmungen, deren Verhältnisse mir zufällig genau bekannt sind. Die erste österreichische Eisenbahnwaggonleihgesellschaft, von den nobelsten Persönlichkeiten gegründet, mit wirklich musterhafter Präzision verwaltet, durch die Personen ihrer Verwaltungsräthe mit den hervorragendsten Bahngesellschaften in intimster Verbindung, durch die in Aussicht stehende Errichtung neuer Bahngesellschaften mit neuem und fortwährend sich vergrößernden Kundenkreis bedacht, hat heuer trotz der ungünstigen Ernte und der dadurch vermindernden Güterbewegung nach statutärer Abschreibung der Abmützung am iundus instructus ein Reinerträgebnis von 7 fl. 50. oder 9% p.Ct. des Capitals erzielt. Die General-Versammlung beschloß die Übertragung der Actien, so daß die Forderung einer Einzahlung nicht mehr befürchtet werden kann, das Erträgebnis darf bei der Ungnade des abgelaufenen Jahres als ein Minimum betrachtet werden. Nimmt man eine Verzinsung von 7½% p.Ct. als genügend an, so müßten die Actien 20 fl. über pari, das heißt 100 fl. notiren, bei einer Capitalisierung auf Basis eines zehnprozentigen Erträgebnisses wären sie noch immer reichlich 75 fl. werth; sie sind aber nicht mit 70 fl. an den Mann zu bringen. — Ähnliche Verhältnisse bestehen rücksichtlich der betrenomirten, sehr absatzfähigen Lieferungs-Brauerei, deren Produkte der Wiener auch in nachträglicher Periode zu schätzen weiß und der Papierfabrik- und Verlags-Gesellschaft "Ebmühle" deren für eine spezifische Bevölkerungsklasse berechnetes Journal: das "Fremdenblatt", von sämtlichen hiesigen Blättern dadurch eine Ausnahme macht, daß es selbst unter den gekürzten Verhältnissen rentabel blieb. Die Elmhühl-Actien liefern denn auch eine sehr anständige Superdividende, welche das Erträgebnis auf reichlich 8½% des Capitals und 12½% des Coursverthes bringt, werden aber wenig gekauft, weil das Publikum Industriewerte nicht liebt. Ich könnte noch mehr solcher Beispiele anführen, denselben aber, daß unsere lokalen Werke Sie doch nur als Beispiele für Illustration der allgemeinen Verhältnisse interessieren, und schließe daher die Liste mit Nennung der Simmeringer Maschinenfabrik voran. H. D. Schmidt. Dieselbe ertrug seit mehreren Jahren constant ca. 12% des Capitals ihre Actien sind aber gänzlich außer Verkehr und in größeren Partien geradezu unverfügbar. Nach diesen Daten beurtheilt man hier die Bilanzierungsmethode der Credit-Anstalt, ohne auch nur abzuwarten, welches die sonstigen Details sein werden und macht sehr depectivische Parallelen mit der Bilanz der allgemeinen österreichischen Baugesellschaft, welche die in ihrem Besitz befindlichen Actien der Actiengesellschaft für Baugewerke, einer Art Zimmermannsgeschäft, auf Grund des Erträgebnisses mit dem doppelten Beitrage des Coursverthes vom 31. December in die Aktiven eingestellt und nur hierdurch einen Gewinn herausgerechnet hat.

Die Coursbewegung der Woche wurde übrigens weit weniger durch die im Vorstehenden geschilderten Räsonnungen als durch die Berliner Einflüsse regulirt. Sie sind durch direkte Berliner Berichte besser als ich in die Lage versetzt, zu beurtheilen, ob die tristen Nachrichten, welche uns über die Situation des dortigen Platzes zugehen, auf Wahrschheit oder auf Uebertriebung beruhen; wir können uns dem Eindruck dieser Schilderungen kaum entziehen, da außer dem Platze die selbstständige Initiative für längere Zeit entwunden ist, allein man hat hier doch die Empfindung, daß dabei viel Tendenzmacherei mit unterlaufen und man sieht sich in dieser Auffassung durch die direkt aufgetretenen Berichte eines hier nicht gut renommierten Berliner Correspondenz-Bureau eher bestätigt — man glaubt an die erneute Thätigkeit eines internationalen Comptoir-Consortiums und die Reportäste sind nicht geeignet, diesen Glauben abzuschwächen, denn wir waren nahe daran, ein auffälliges Decouvert zu constatiren.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 15. März, Nachmittags 1 Uhr. [Privat-Berkehr.] Anfangs starkes Angebot, dann beruhigt und wieder steigend, für Eisenbahn-Actien Abgeber fehlend. Creditactien 137½ à 136½ à 137 bez. u. Gd., Lombarden 89½ à 88½ à 89 bez. u. Gd., Franzosen 193½ à 192½ à 193½ bez. u. Gd., Silberrente ult. 66½ bez., Papierrente ult. 62½ bez., Galizier 104 bez., Wiener Communal-Anleihe 91½ bez. u. Br., Italiener 61½ Gd., Türken 40% bez., Rumänier 42½ à 43 bez. u. Gd., Rheinische 131 à 131½ bez. u. Gd., Köln-Mindener 131½ à 131½ bez. u. Gd., Bergisch-Märkische 94½ bez. u. Gd., Discont-Commandit 155 à 154 à 155½ bez. u. Gd., Laurahütte 162% à 161½ bez., Dortmund Union 57 à 59 bez.

Frankfurt a. M., 14. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-course] Londoner Wechsel 118%. Pariser do. 94%. Wiener do. 105%. Franzosen* 338. Hess. Ludwigsb. 139%. Böh. Westbahn 217½. Lombarden* 158%. Galizier 242½. Elisabethbahn 212½. Nordwestbahn 193%. Elbhahlbahn —. Oberhessen 78%. Oregon 18%. Creditactien*) 242%

Russ. Bodencredit 87. Russen 1872 96%. Silberrente 66½. Papierrente 62½. 1860er Loope 95%. 1864er Loope 158½. Ung. Schätz. —. Raab-Grazer 78%. Amerikaner de 1882 98%. Darmstädter Bankverein 362%. Deutschöster. 87%. Prov. Disconto-Gesellschaft 82%. Brüsseler Bank 103%. Berl. Bankverein 81%. Frankfurter Bankverein 82. do. Wedelerbank 78%. Nationalbank 1016½. Meiningen Bank 105%. Hahn Effectenbank 114. Continental 89. Südt. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia 85½. 1854er Loope —. Schiffliche Bank —. Rockford 16½. Rhein-Nahe-Bahn —. Ungarische Bahn —. Dortmund Union 56%.

Geschäftslös. Credit Anfangs matt, zum Schluss etwas besser. Bahnen still, Galizier niedriger, Banken behauptet, Fondi und Prioritäten fest.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 243, Franzosen 338%, Lombarden 158%, Galizier —, Silberrente 66½.

*) per mediu resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 15. März, Nachmittags. [Effecten-Societät.] Londoner Wechsel —. Pariser do. —. Wiener do. —. Franzosen 337½. Hess. Ludwigsb. —. Böhmis. Westbahn 216½. Lombarden 155%. Galizier 242%. Elisabethbahn 212%. Nordwestbahn 193½. Elbhahlbahn —. Oregon —. Creditactien 238%. Russ. Bodencredit —. Russen 1872 —. Silberrente 66%. Papierrente 62½. 1854er Loope —. 1860er Loope 95%. 1864er Loope 158½. Ungarische Loope —. Raab-Grazer —. Amerikaner de 1882 98%. Darmst. Bank 362%. Deutschöster. Bank 87%. Prov. Disconto-Gesellschaft 82. Brüsseler Bank 103%. Berl. Bankverein —. Frankf. Bankverein 81%. do. Wedelerbank —. Nationalbank 1014. Meiningen Bank 105%. Hahn'sche Effectenb. 113%. Continental 88%. Hibernia —. Schiffliche Bank —. Wiener Union —. Oberhessen 78%.

Matt. Von Speculationswerthen nur Franzosen verhältnismäßig fest, österreichische Bahnen niedriger, deutsche Bahnen und Anlagewerthe fest, Banken geschäftslös.

Nach Schluss der Börse: Creditactien 237½, Franzosen 337, Lombarden 155, Silberrente —.

Hamburg, 14. März, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Brä. —. Anleihe 107. Silberrente 66%. Österreich. Creditactien 206. do. 1860er Loope 96. Nordwestbahn 416. Franzosen 723. Lombarden 334%. Italienische Rente 61½. Vereinsbank 121½. Laurahütte 162. Commerzbank 85. do. II. Emis. —. Nordi. Bank 144. Provinzial-Disconto-Bank —. Anglo-deutsche Bank 51. do. neue 70. Dänische Landesbank —. Dortmund Union 55. Wiener Union-Bank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 94%. Köln-M. Et. Actien 131. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 131. Bergisch-Märkische 94%. Disconto 3% p.Ct. Matt.

Hamburg, 14. März. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco unverändert, auf Termine fest. Weizen 126 Pf. pr. März 1000 Kilo netto 250 Br., 248 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 260½ Br., 259½ Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 260½ Br., 259½ Gd., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 260½ Br., 259½ Gd., pr. Roggen pr. März 1000 Kilo netto 194 Br., 192 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 190 Br., 189 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 190 Br., 189 Gd., pr. Juni-Juli 1000 Kilo netto 190 Br., 189 Gd., Hafer und Gerste unverändert. — Rüböl ruhig, loco 62, pr. Mai 62, pr. Octbr. pr. 200 Pf. 65. — Spiritus fest, pr. März 56%, pr. April-Mai 56%, pr. Juli-August 57½, pr. August-September per 100 Liter 100% 58. — Kaffee slau; Umsatz gering. — Petroleum geschäftslös, Standard white loco 13, 00 Br., 12, 90 Gd., pr. März 12, 90 Gd., pr. August-December 14, 70 Gd. — Wetter: Schön, bewölkt.

Hamburg, 15. März, Nachm. [Privat-Berkehr.] Silberrente 66%, Creditactien 205½. Franzosen 722. Lombarden 332. Anglo-deutsche Bank 51. do. junge —. Nordwestbahn —. Rheinische Bahn —. Bergisch-Märkische —. Köln-Mind. 130%. Laurahütte 162. Dortmund Union 56%. Commerzbank 85. Norddeutsche Bank 144. Hamburg-Amerikanischer Paket-Actiengesellschaft —. Amerikaner —. Österreich. Staatsbahn Italiener —. — Schluss etwas fester.

Liverpool, 14. März, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Wöchentlicher Umsatz 12,000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 18,000 B., davon 16,000 B. amerikafische, 2000 B. brasiliatische.

Liverpool, 14. März, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 B., davon für Speculation und Export 2000 Ballen. Fest, schwimmende stieg.

Middl. Orleans 8%, middl. amerikanische 7½%, fair Dhollerah 5%, middl. fair Dhollerah 4%, good middl. Dhollerah 4%, middl. Dhollerah 4, fair Bengal 4%, fair Broach 5%, new fair Domra 5%, good fair Domra 6%, fair Madras 5%, fair Pernam 8%, fair Smyrna 6%, fair Egyptian 8%.

Orleans nicht unter low middling März-April-Segelung 8%.

Amsterdam, 14. März, Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. November 345. Roggen pr. März 267. pr. Mai 243.

Antwerpen, 14. März, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet, dänischer 35½. Roggen behauptet, amerikanischer 27%. Hafer ruhig. Gerste matt, frische 25%.

Antrypen, 14. März, Nachmittags. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinaries, Type weiß, loco 32 bez. u. Br., pr. März 32 Br., pr. April 32½ Br., pr. September 36 Br., pr. September-December 36½ Br. — Behauptet.

Bremen, 14. März. Petroleum fest, Standard white loco 13 Mt. bez.

Breslau, 16. März, 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Marte war der Geschäftsvorkehr von keiner Bedeutung, bei sehr schwachen Zuflüssen und unveränderten Preisen.

Weizen zu nichten Preisen gut beachtet, pr. 100 Kilogr. schlesischer weier 8½ bis 9½ Thlr., gelber 8% bis 8½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur seine Qualitäten gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. 6½ bis

7 Thlr., feinste Sorte 7½ Thlr. bezahlt.

Gerste unverändert, pr. 100 Kilogr. 6½ — 6% Thlr., weiße 7% bis

7½ Thlr. bezahlt.

Hafer mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. 6½ bis 6½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbien gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 6 bis 6½ Thlr.

Widen matter, pr. 100 Kilogr. 5½ bis 6 Thlr.

Lupinen unverändert, pr. 100 Kilogr. gelbe 5 bis 5½ Thlr., blaue

4½ bis 5½ Thlr.

Bohnen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 6½ bis 7½ Thlr.

Mais ohne Umsatz, pr. 100 Kilogr. 5½ bis 6½ Thlr.

Oelsaaten in festen Haltung.

Schlaglein gut gefragt.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Pf.

Schlag-Leinsaat 7 20 — 8 17 6 9 5 —

Winter-Raps 7 15 — 7 25 — 8 7 6

Winter-Rüben 7 12 6 7 17 6 8 —

Sommer-Rüben 7 10 — 7 20 — 8 2 6

Leindotter 6 25 — 7 2 6 7 15 —

Napsuchen unverändert, schlesische 71—74 Sgr. per 50 Kilogr.

Leinuchen sehr fest, schlesische 104—106 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleefasat in matter Haltung, reite ruhig, ordinäre 11½—12½ Thlr.

mittle 13½—15 Thlr., seine 15½—16 Thlr., hochfeine 16½—17 Thlr. pr. 50 Kilogr. — weiße matter, ordinäre 12—13 Thlr., mittle 14—16 Thlr., seine 17—19 Thlr., hochfeine 19½—21½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Thymothée gute Kauflust, 10½—12 Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3½—4 Sgr.

Telegraphische Witterungsberichte vom 15. März.

D r i.	Bar. Bar. Lin.	Therm. Ream.	A bweich. vom Mittel.	Wind- richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels- Ansicht.
8	Haparanda	335,3	— 13,3	—	R. schwach.
8	Petersburg	336,0	— 4,8	—	S. schwach.
8	Riga	331,2	—	—	S. Sturm.
8	Moskau	336,3	—	—	WW. schwach.
8	Südnesäs	339,3	—	—	NNW. mäßig.
8	Grönung	339,3	—	—	NNW. schwach.
8	Heider	339,4	—	—	R. schwach.
8	Hernsand	337,1	—	—	Windstille.
8	Christiansand	338,4	—	—	WW. mäßig.
8	Paris	—	—	—	bedeut.
Morg.					
6	Niemel	333,5	— 4,7	— 2,4	W. stille.
7	Königsberg	335,0	— 4,5	— 2,6	W. schwach.
6	Danzig	335,6	— 3,9	— 3,0	W. mäßig.
7	Cöslin	335,6	— 2,5	— 1,7	SD. schwach.
6	Stettin	335,2	— 0,4	— 0,3	W. schwach.
6	Putbus	334,3	— 0,8	— 1,0	N.